

Stadtforum Berlin 2020:

mit-mischen (im)possible? Die Konstituierung der Stadtgesellschaft.



„Berlin ist reich an Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft und kann sich auf eine gewachsene Kultur der Beteiligung stützen“, so Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer in ihrem Abschlussstatement beim Stadtforum am 10. März 2006. Die Debatten über *Mitmischen* ließen sich dabei häufig auf die Kernfragen „Wer bestimmt und wer bezahlt?“ zuspitzen.

Grundsätzlich, so die Senatorin weiter, gehe es nach ihrem Verständnis in einer Bürgerstadt aber nicht darum, staatliche Verantwortung abzugeben. Vielmehr sei zu klären, wie daraus gemeinsame Verantwortung entstehen kann und wie entsprechende Verantwortungsgemeinschaften etabliert werden können. Der zentrale Erfolgsfaktor sei dabei, die Struktur der Entscheidungsfindung transparent und nachvollziehbar zu gestalten. Angesichts der Vielfalt an Partnerschaften, Netzwerken, Kooperationen zwischen Bürgerschaft, Wirtschaft und öffentlicher Hand in Berlin könne nur am konkreten Fall definiert werden, wo über die Möglichkeit zur Mitbestimmung hinaus Entscheidungsbefugnisse überantwortet werden sollten. „Das lässt sich nicht abstrakt lösen. In vielen Fällen sind wir hier noch nicht weit genug, aber wenn wir diese Akteure gezielter in Strukturen zusammenführen, die sich nachvollziehbar Projekten widmen, dann würden wir vielleicht lernen, wie es funktioniert“.

Erkenntnisse könnten auch aus derzeit laufenden Verfahren gewonnen werden. So werde etwa das Beispiel Gleisdreieck zeigen, ob der breite und sehr umfassende Aushandlungsprozess tatsächlich zum Schluss eine von allen Mitwirkenden akzeptierte Gestaltung dieses Parks hervorbringe.

Die Senatorin sieht aber auch Grenzen in der Neujustierung von Entscheidungsmacht. Man müsse und werde auch weiterhin erwarten können, dass ein Abgeordnetenhaus, eine Bezirksverordnetenversammlung als gewähltes Gremium ihr Recht und ihre Pflicht wahrnimmt, Entscheidungen zu treffen und diese nach außen zu vertreten. Dies gelte etwa für Haushaltsentscheidungen, auch wenn Bürgerinnen und Bürger beratend zur Seite stünden. Die geringeren finanziellen Spielräume des Staates dürften in einer Demokratie nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, dass er dadurch das Recht verlöre, zu gestalten und zu entscheiden. Selbstverständlich bekomme auch nicht diejenige Gruppe Entscheidungsbefugnis, die gerade die meisten Menschen mobilisiere oder in einem Saal zusammenbringe, ergänzte die Senatorin mit Blick auf das beim Stadtforum stark vertretene „Bündnis für den Palast“. Auf den Vorwurf, dass für den Bau des Humboldt-Forums das Geld fehle, erwiderte sie: „Wir können nicht ohne grundsätzliche Entscheidungen über langfristige Entwicklungen in der Stadt auskommen. Wenn man sich in demokratisch gewählten Gremien für eine Vision entschieden hat, ist man gehalten, diese auch umzusetzen, darf man eben nicht klagen, dass das etwa Geld fehlt, sondern muss sich mit aller Kraft darum bemühen, es zusammenzubringen“.